

Schneider-Ammann: «Viel Arbeit, aber zu wenige Schweizer, die sie machen»



1 / 7

AHK-Podiumsdiskussion zum Thema «Masseneinwanderungsinitiative» unter der Leitung von az-Journalist Mathias Küng (Mitte)
 Hans Hess (Swissmem), sowie die Nationalräte Christian Wasserfallen (FDP/BE), Sylvia Flückiger-Bäni (SVP/AG) und Luzi Stamm (SVP/AG)
 Quelle: Emanuel Freudiger

Ein kontroverses Podiumsgespräch am Montagabend im Badener Trafo zeigte: Kontingente für Ausländer spalten die Bürgerlichen. Wirtschaftsvertreter und SVP-Politiker sind sich nicht einig, wenn es um die Initiative gegen die Masseneinwanderung geht. von Fabian Hägler

Punkt 19 Uhr ertönte im Trafo Baden dreimal der Gong, das Licht wurde gedimmt, die rund 100 Besucher wurden still.

Was folgte, war keine Filmvorführung im Kino, sondern ein kontroverses Podiumsgespräch zur SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung.

Diese will die Zuwanderung von Ausländern mit Kontingenten regeln. Daniel Knecht, Präsident der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer**, stellte die Kernfrage in seiner Begrüssung.

«Bietet die Initiative eine Lösung, oder schafft sie gar noch mehr Probleme, wenn es um die Personenfreizügigkeit geht?»

Für ABB-Chef Remo Lütolf ist klar: «Wir dürfen die Schweiz nicht abschotten oder auf den Alleingang setzen». Allein in Baden beschäftigt das Unternehmen Menschen aus 41 Ländern, 70 Prozent der Mitarbeiter stammten aus dem Ausland.

Bundesrat Johann Schneider Ammann hielt fest: «Wir haben viel Arbeit in der Schweiz, aber zu wenige Einheimische, die sie erledigen können.»

Der Wirtschaftsminister hielt fest, mit der heutigen Personenfreizügigkeit kämen nur Menschen aus der EU in die Schweiz, die Aussicht auf einen Arbeitsplatz hätten.

Er räumte allerdings ein, die Zuwanderung habe auch volle Züge, verstopfte Strassen und Probleme im Wohnbereich zur Folge. Mit einer Radikallösung, wie sie die SVP-Initiative vorschlägt, liessen sich diese aber nicht lösen.

Kontingente als Streitpunkt

SVP-Nationalrat Luzi Stamm verteidigte die Initiative: «Leute für die Wirtschaft zu holen, ist auch künftig kein Problem, aber derzeit findet ein Import von Armut statt.»

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen sagte, die Initianten hätten keine Ahnung, wie hoch die Kontingente sein sollten. «Wenn man ein Jahr im Voraus festlegen soll, wie viele

Arbeitskräfte kommen dürfen, werden es immer zu viele oder zu wenige sein.»

Hans Hess, Präsident des Verbands der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, wies auf den Fachkräftemangel hin.

«Mit der Initiative würde es noch viel schwieriger, Leute im Ausland zu rekrutieren», befürchtet Hess.

Er betonte, die Wirtschaft brauche Spezialisten, die im Inland kaum zu finden seien. Stamm versprach, bei einem Ja zur Initiative werde die SVP in Bern für Regeln kämpfen, welche die Rekrutierung ausländischer Spezialisten weiterhin ermöglichen.

Einwanderung in Sozialwerke?

SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger, selber Unternehmerin, ergänzte: «Die meisten Einwanderer sind keine Fachkräfte, sondern Leute aus ärmeren Ländern, die unserer Sozialwerke belasten.»

Die Schweiz müsse Verbündete suchen, auch Deutschland oder Frankreich stünden ungebremster Einwanderung kritisch gegenüber.

Verbündete werde die Schweiz bei diesem Thema nicht finden, konterte Hess. «Vielmehr müssten wir das Freizügigkeitsabkommen kündigen, damit wären automatisch auch die bilateralen Verträge mit der EU weg.»

Wasserfallen schloss mit einem Vergleich: «Das Handelsvolumen der Schweiz mit Baden-Württemberg ist gleich gross wie jenes mit den USA – die Beziehung mit einem so wichtigen Partner sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.»

Nach knapp zwei Stunden gab es keinen Schlussgong, dafür klangen beim Aperó – wo die angeregten Diskussionen weitergingen – die Gläser.

(az Aargauer Zeitung)